Dresdner Nachrichten.
Sonnabend, 19. März 1904
Nr. 79. Seite 2.

ist, diese Mitwirkung erleichtert. Den Satz des Reichskanzlers, daß der Zusammenhalt aller staatserhaltenden Elemente beider christlichen Konfessionen notwendig sei, wenn eine kräftige Phalanx gegen die Umsturzbestrebungen gebildet werden solle, unterschreibe ich durchaus, und hoffe nur, daß die Regierung endlich mit Taten vorgehen wird. Ich habe keinerlei Jesuitenfurcht. Ich vertraue fest auf die segensreiche Kraft der evangelischen Glaubens-, Gewissens- und Geistesfreiheit. (Beifall.) Wir wünschen, daß das Deutsche Reich ein Hort des interkonfessionellen Friedens werde. (Beifall.) — Ministerpräsident Graf Bülow erwidert v. Eynern, er habe vorgestern lediglich davon gesprochen, daß liberale Blätter gegenüber der Berufung auf die große Mehrheit, die sich im Reichstage für die Aufhebung des Art. 2 ausgesprochen hat, eingewandt hätten, das bedeute nicht viel, da manche Abgeordnete für die Aufhebung nur in der Hoffnung gestimmt hätten, der Bundesrat würde dieser Aufhebung nicht zustimmen. Es sei ihm gar nicht eingefallen, sich diese Ansicht zu eigen zu machen. Redner widerspricht ferner der Auffassung v. Eynerns, als ob die Aufhebung des Art. 2 den Dreibund sprengen und unser Verhältnis zu Italien erschüttern könne, und weist mit größter Entschiedenheit die Behauptung zurück, daß irgend eine Partei seine auswärtige Politik bestimmen könnte. Er führe diejenige auswärtige Politik, welche nach seiner Kenntnis der internationalen Sachlage am besten den Interessen der deutschen Nation entspricht. (Bravo! rechts.) Endlich verwahrt sich Graf Bülow gegen den Vorwurf, hinter Herrn v. Bennigsen Deckung gesucht zu haben, und schließt: Ich sehe in den bezüglichen Ausführungen des Herrn v. Eynern nur den krampfhaften, aber vollständig mißglückten Versuch, Herrn v. Bennigsen zu desavouieren. Ich für meine Person gehe lieber mit Herrn v. Bennigsen, als mit Herrn v. Eynern. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) — Abg. Dr. Zwick (freis. Volksp.) begrüßt namens seiner Freunde die Aufhebung des Art. 2 des Jesuitengesetzes und verwahrt seine Freunde gegen den Vorwurf, in nationalen Fragen versagt zu haben. Schließlich wendet er sich gegen die Zulassung der Marianischen Kongregation. — Abg. Friedberg (natl.) bestreitet, daß v. Eynern Bennigsen habe desavouieren wollen, ebenso, daß die große Mehrheit der Nationalliberalen im Reichstage für Aufhebung des § 2 eingetreten sei. Immerhin befinde sich darunter eine Reihe hervorragender Parteiführer, und schon aus diesem Grunde wäre es vielleicht besser gewesen, die Sache etwas vorsichtiger zu behandeln. (Heiterkeit rechts.) Sachlich sei aber die Stellung des Herrn v. Eynern durchaus begründet. Bachem habe behauptet, daß das Zentrum immer in nationalen Fragen seine Schuldigkeit getan. Tatsache sei aber, daß die Partei sich Schritt für Schritt alles habe abringen lassen und ohne Gegenleistung nichts gegeben habe. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Jetzt erfolge die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, und gleichzeitig schritten die Verhandlungen über die Militär- und Marine-Etats, die ins Stocken geraten waren, rasch vorwärts. Das müsse Beunruhigung erregen. Das einzig Erfreuliche von der Rede des Grafen Bülow sei die Erklärung, daß er für Aufhebung des § 1 nie zu haben sein werde. Redner schließt daraus, daß Graf Bülow eher seinen Platz verlassen werde, als zugeben, daß dieser Paragraph beseitigt werde. (Unruhe im Zentrum.) Von der Zulassung der Marianischen Kongregation werde eine Auslieferung der höheren Lehranstalten an den Ultramontanismus befürchtet. (Unruhe im Zentrum.) Wir lehnen, schließt Redner, die Verantwortung für eine solche Politik ab. Wir haben unsere warnende Stimme dagegen erhoben, und wenn der Staat Schaden erleiden sollte, so werde der spätere Geschichtsschreiber einzig und allein denjenigen Schuld geben können, welche in jenen Momenten an der Leitung des Staates gestanden haben. (Stürmischer Beifall links. Zischen im Zentrum. Händeklatschen auf der Tribüne.) — Ministerpräsident Graf Bülow: Von einer Rücksichtslosigkeit gegen die Stimmung im Volke könne keine Rede sein. Er sei lediglich eingegangen auf einen mit großer Mehrheit gefaßten Reichstagsbeschluß. Dr. Friedberg habe von einem labyrinthischen Dunkel gesprochen, in dem sich die Vorgeschichte der Aufhebung des § 2 befände. Ein viel größeres Dunkel und Labyrinth umgebe aber die Revision der eigenen Ansichten des Herrn Dr. Friedberg über § 2 des Jesuitengesetzes. (Sehr gut! im Zentrum.) Ebenso wenig könne von einer Abhängigkeit der Königl. Staatsregierung von irgend einer Partei die Rede sein; aber als praktischer Politiker müsse er doch Fühlung halten mit den großen Parteien, soweit sie auf dem Boden der bestehenden Ordnung stünden. Würde denn Herr Dr. Friedberg an meiner Stelle, fährt Graf Bülow fort, etwa einen Staatsstreich unternehmen? Danach sieht er mir eigentlich nicht aus. (Große Heiterkeit.) Oder würde er sich auf die äußerste Linke stützen wollen? Ich halte ihn doch für viel zu verständig, als daß er solche phantastische Wege einschlagen sollte. Mir aus der Aufhebung des § 2 Nachgiebigkeit gegen das Zentrum vorzuwerfen, ist ebenso falsch, wie wenn man mir aus meinem Eintreten für die Agrarzölle Schwäche gegenüber den Agrariern, oder aus meiner strammen Polenpolitik Nachgiebigkeit gegenüber der nationalliberalen Partei vorwerfen wollte. Meine Aufgabe ist, die Kräfte der staatserhaltenden Parteien für das Wohl der Gesamtheit zu verwerten. Die Grenzen des Staatsinteresses, der Interessen der evangelischen Kirche und der Grundbedingungen der deutschen Kultur werden immer eingehalten, und soweit mein Auge reicht, wird sie auch keiner meiner Nachfolger überschreiten. (Beifall.) — Abg. Dr. Porsch (Zentr.) verteidigt die Marianische Kongregation. Der Ausspruch Windthorsts: „Der Papst regiert die Welt!", sei gefallen, als Bismarck die Hilfe des Papstes in Anspruch nahm, um das Septennat durchzusetzen. Das Zentrum habe nie verlacht, die auswärtige Politik des Reiches irgendwie zu beeinflussen. Es sei doch ungerecht, wenn man Anarchisten und Sozialisten frei im Lande herumziehen und Vorträge halten lasse, dasselbe aber den Brüdern Jesu verbiete. Dr. Friedberg verlangt Freiheit für gottlose Universitätsprofessoren, aber im gleichen Atemzuge Exterminierung der Jesuiten. Das ist ein eigentümlicher Standpunkt für einen Liberalen. (Bravo! im Zentrum.) — Kultusminister Dr. Studt verteidigt den Erlaß betreffend die Marianische Kongregation, ja nicht nur diese, sondern die religiösen Vereine beider christlichen Konfessionen. — Hierauf wird die Debatte geschlossen. — Weiterberatung morgen 11 Uhr. — Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Der „Vorwärts" richtet an uns die Frage, ob uns bekannt sei, daß eine große Papierfabrik Mitteldeutschlands vor kurzem den Auftrag erhalten habe, das zur Anfertigung von Wahlkuverts erforderliche Papier fertig zu stellen. Die Ausführung dieses Auftrags soll nach dem „Vorwärts" als sehr eilig angeordnet und von der Papierfabrik schon mit Anspannung aller Kräfte bewirkt worden sein. Uns ist davon nicht das Geringste bekannt, und wir dürfen hinzufügen, daß auch dem Herrn Reichskanzler nichts davon bekannt ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf dem Friedhofe der Märzgefallenen im Friedrichshain war heute bedeutend weniger Verkehr, als in früheren Jahren. Die Polizei war zwar wieder in einem ziemlich starken Aufgebot erschienen, doch war die Zahl der kranztragenden Abordnungen verhältnismäßig gering. Immerhin waren die Gräber auch diesmal wieder mit Kränzen bedeckt, an denen riesige, meist rote Schleifen befestigt waren. Auch einige Kränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen wurden niedergelegt.

Lüneburg. (Priv.-Tel.) Amtliche Mitteilung. Bei der Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Lüneburg wurden im ganzen 22 910 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Zeitungsverleger Dr. Max Jänecke (nat.-lib.) 7210, auf Freiherrn v. Wangenheim (Welfe) 1904, auf Rittergutspächter Dowerkau (kons. und Bund der Landw.) 2779, auf Redakteur Fischer (Soz.) 3913 Stimmen, zersplittert 4 Stimmen. Es hat sonach Stichwahl stattzufinden zwischen Freiherrn v. Wangenheim und Dr. Jänecke.

Köln. Der juristische Berater des Hauses Schleswig-Holstein-Augustenburg sendet zur Thronfolgefrage in Oldenburg der „Kölnischen Zeitung" eine längere Darstellung, wonach der oldenburgische Landtag in geheimer Sitzung in erster Lesung eine Zusatzbestimmung zum oldenburgischen Staatsgrundgesetze angenommen habe, derzufolge die Regierung über alle Teile des Großherzogtums auf die Familie Schleswig-Holstein-Glücksburg übergehen soll. Diese Bestimmung widerspreche den gültigen Hausverträgen innerhalb des gesamten Hauses Oldenburg, dessen ältester Zweig die gegenwärtige Linie Schleswig-Holstein-Augustenburg sei. Das Augustenburgische Haus habe gegen die Vorlage des Thronfolgegesetzes Rechtsverwahrung bei der großherzoglichen Regierung einlegen lassen.

Köln. (Priv.-Tel.) In den nächsten Tagen findet in Barmen eine durch die dortige Ortsgruppe des Evangelischen Bundes veranstaltete große Einspruchsversammlung statt, um öffentlich zum Ausdruck zu bringen, welche Bestürzung die königstreue Bevölkerung erfüllt angesichts des Erlasses über die Marianische Kongregation und die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Auch in anderen Städten des Bergischen Landes ist die Veranstaltung großer Einspruchsversammlungen geplant.

Köln. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen aus Tanger, welche in der „Köln. Ztg." veröffentlicht werden, sind auf Befehl des Sultans, der über das Verschwinden des Berichterstatters der „Köln. Ztg." Dr. Gentze sehr erregt ist, Fußtruppen und Berittene von Fez aus zur Auffindung Dr. Gentzes ausgesandt worden, doch bis jetzt ohne Erfolg.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Wie die „Frankf. Ztg." aus Newyork meldet, verlangt der republikanische Konvent von Minnesota eine Revision des Zolltarifs und Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mit dem Auslande.

Wien. Einem Communiqué zufolge genehmigten die deutschen Klubs die ihnen vom Vollzugsausschuß der deutschen Parteien vorgelegte Antwort auf den Vorschlag der Polen. Die Antwort lautet: Die Mitteilung der Polen wird von den Deutschen zur Kenntnis genommen. Die deutschen Parteien müssen sich auf ihren wiederholt eingehend begründeten Standpunkt berufen, daß es nicht zum Ziele führen werde, willkürlich ausgeschiedene Teile des Ausgleichskomplexes in Böhmen und Mähren zum Gegenstande der Verhandlung zu machen. Sie sind jedoch bereit, Vorschläge entgegenzunehmen, welche diesen Grundsätzen nicht widersprechen.

Budapest. Im Abgeordnetenhause wurde gestern mittag die Debatte über die Indemnitäts-Vorlage geschlossen. Es folgen nur noch die Schlußreden. Hiermit ist der Kampf der Obstruktion endgültig abgeschlossen, und der Exlex-Zustand hat sein Ende erreicht. Das Haus nahm das Budgetprovisorium im allgemeinen und in den Einzelbestimmungen an. Morgen beginnt die Beratung der Rekrutenvorlage für das Jahr 1904.

Bern. Die eidgenössische Staatsrechnung für 1903 schließt bei 112 558 270 Francs Einnahmen und 110 086 572 Francs Ausgaben mit einem Ueberschuß von 2 471 697 Francs ab. Budgetiert war ein Fehlbetrag von 4 155 000 Francs. Mit Hinzurechnung der im Laufe des Jahres erteilten Nachtragskredite ergibt sich eine Besserstellung von 14 298 500 Francs. — Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung den Entwurf eines Bundesgesetzes für Post-Scheck- und -Giroverkehr.

Rom. Der Papst empfing heute das Kardinals-Kollegium, dessen Dekan, Kardinalkämmerer Oreglia, ihm die Glückwünsche zu seinem morgigen Namensfest darbrachte.

Gibraltar. Kaiser Wilhelm besichtigte heute nach dem Frühstück Teile der Befestigungen des Felsen. Abends findet an Bord des „König Albert" ein Diner statt.

Konstantinopel. Nach einem Bericht des Vali von Uesküb Schakir Pascha hat sich der Anführer der albanesischen Unzufriedenen Suliman Batuschda mit einigen Hundert Anhängern in das Gebiet von Manichia, westlich von Diakowa, zurückgezogen und wird von den Truppen verfolgt. Nach einer Meldung des Generalinspekteurs Hilmi Pascha aus Saloniki sind bulgarische Banden bei Florina im Vilajet Monastir aufgetaucht, die angeblich Griechen zum Uebertritt zum Exarchat zwingen wollen. Den Generalgouvernements der drei Vilajets ist strenger Auftrag erteilt worden, die Uebertrittserklärungen einzelner Personen, sowie ganzer Dörfer vom Patriarchat zum Exarchat und umgekehrt streng dahin zu prüfen, ob sie nicht zwangsweise erfolgt sind.

Konstantinopel. Der Generalinspekteur und die Valis der drei Vilajets erhielten in letzter Zeit zahlreiche griechische Zuschriften mit Klagen über bulgarische Umtriebe und mit gleichzeitigen Loyalitätsversicherungen. Die Pforte antwortete, die Klagschriften prüfen und den bulgarischen Umtrieben steuern zu wollen. Die Lage im Vilajet Bitlis ist besorgniserregend infolge der Anwesenheit des armenischen Bandenchefs Andranicu. Im Sassungebiet werden kurdische Angriffe gegen die Armenier befürchtet. Die Antwort der Pforte auf die Beschlüsse der Ententemächte wegen der Gendarmerierevisionen ist anscheinend vertagt, bis die Botschafter die in Aussicht gestellte Erklärung überreicht haben. Dies dürfte morgen geschehen.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 203,70. Diskonto 186,30. Dresdner Bank 149,60. Staatsbahn 137,10. Lombarden —,—. Laurahütte 232,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,— Türkenlose —,—. Fest.

Berlin, (3 Uhr nachmittag. Kredit 203,63. Italiener 101,10. Gotthard 222,15. Neue Portugiesen 50,25. Türken (unifiz. Anleihe) 80,40 eff. Türkenlose 117,40. Ostmarkbank 567 —. Staatsbahn —,— Lombarden —,—. Fest.

Paris, Produktenmarkt. Weizen per März 21,50 per Mai-August 21,65, ruhig. Roggen per März 37,25, per September-Dezember 34,75, flau. Rüböl per März 40,50 per September-Dezember 49,50 behauptet.

London. (Produktenbericht.) Weizen ruhig, stetig, amerikan. Mais stetig, Donauer träge. Mehl, Gerste und Hafer ruhig. — Wetter: Schön.

Oertliches und Sächsisches.

— Im Beisein König Georgs, der Königin-Witwe, des Kronprinzen, der Prinzessin Mathilde, der Herren Geh. Rat Dr. Vogel, Hofrat Dr. Jacob und Hauptmann Freiherrn v. Byern wurde gestern nachmittag halb 3 Uhr Prinz Georg im Taschenbergpalais einer Prüfung im Latein von Herrn Oberlehrer Dr. Pabst (Neustädter Gymnasium) unterzogen. Hierauf wurden die Prinzen Georg und Friedrich Christian gemeinsam in Französisch von Herrn Professor Dr. Thiergen (vom Kadettenkorps) geprüft. Die Fragen wurden sämtlich in französischer Sprache gestellt. Zum Schluß wurden beide Prinzen in Geschichte durch Herrn Gymnasial-Oberlehrer Dr. Rosenhagen geprüft. Die Prinzen bekundeten in allen Fächern zur Freude der Lehrer und Zuhörer große Sicherheit.

— Die von auswärtigen Zeitungen gebrachten Mitteilungen über eine zum Frühjahr geplante Reise Sr. Majestät des Königs nach der Riviera bestätigen sich nicht.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz wohnte gestern abend 8 Uhr im Konzerthause des Zoologischen Gartens dem Vortrage des Afrikareisenden Herrn G. Schillings bei.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Oberlandforstmeister a. D. Hesse die 3. Klasse (Kommandeurkreuz) des japanischen Ordens des heiligen Schatzes annehme und trage.

— Der Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg-Schwerin traf hier ein und nahm im Kaiser Wilhelm-Hotel Wohnung.

— **Landtagsverhandlungen.** Die Zweite Kammer beschloß in ihrer gestrigen 71. Sitzung zunächst einstimmig und ohne Debatte, der Regierung betreffs der in Kapitel 62, 63, 63a und 64 bis mit 68 enthaltend: Botanischer Garten und die Versuchsstationen zu Dresden und Tharandt, Landwirtschaftliche Versuchsstation zu Möckern, Meteorologisches Institut, Aufsicht über Gewerbe- und Dampfkessel-Anlagen, Berichtigung von Wasserläufen, sowie Wege-, Wasser- und Uferbau-Unterstützungen, Ober-Eichungskommission und Staatseichämter, Technische Deputation und Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung) abgelegten Rechenschaft über den Staatshaushalt innerhalb der Finanzperiode 1900/01 Entlastung zu erteilen. — Ueber die Beschwerde und Petition des Friedrich Prockisch in Dresden, einen Schadenersatzanspruch wegen Versagung der Schankerlaubnis für seinen Gasthof in Großgrabe betreffend, berichtete Abg. Töpfer-Böhlen: Der Petent habe im Jahre 1893 ein altes Kaufsehaus in Großgrabe gekauft, dessen früherem Inhaber die Schankberechtigung zustand. Die vom Petenten erbetene Konzession sei ihm aber wegen mangelnden Bedürfnisses nicht wieder gewährt und das Grundstück dadurch entwertet worden. Petent glaube, daß ihm ein Recht auf die Konzessions-Erteilung zugestanden habe, befinde sich aber damit im Irrtum. Die Deputation habe nicht finden können, daß die Behörden ihre Befugnisse überschritten hätten, sie habe deshalb einstimmig beschlossen, die Beschwerde und Petition des Prockisch auf sich beruhen zu lassen, und bitte die Kammer, diesem Antrage zuzustimmen. Dies geschieht einstimmig und ohne Debatte. — Nächste Sitzung: Montag, 21. März, mittags 12 Uhr: Schlußberatungen über ein Kapitel des Rechenschaftsberichts, über Titel 29 des außerordentlichen Etats, betr. die Erweiterung des Bahnhofs Buchholz, und über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Landestrauer. Am Dienstag findet Schlußberatung über die die Departements der Finanzen und des Kultus betreffenden Kapitel statt. Am Mittwoch folgt der Justizetat, am Donnerstag der Entwurf, betreffend die Erstreckung des allgemeinen Berggesetzes auf den Erzbergbau in der Oberlausitz und der Bergbegnadigungsfonds.

— Die zweite Deputation der Ersten Kammer hat als Zusatzantrag zum mündlichen Berichte über Kap. 55 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Kommission für das Veterinärwesen, Tierärztliche Hochschule, sowie Physiologisch-chemische Versuchsstation und Physiologisches Institut betr., beschlossen, 1. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß auf Grund von § 10 des Reichsseuchengesetzes durch den Reichskanzler die Anzeigepflicht auf die Influenza (Brust- und Rotlaufseuche) ausgedehnt und künftig diese Krankheit in die Reichsseuchengesetzgebung mit aufgenommen werde; falls dies aber nicht tunlich erscheinen sollte, andere geeignete Maßnahmen zur Minderung der durch diese Seuche entstehenden Nachteile zu treffen; 2. die Zweite Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse aufzufordern.

— Am Freitag früh erfolgte — zum ersten Male im Bereiche der sächsischen Staatseisenbahn-Verwaltung — die Probe-Alarmierung eines Unfallhilfszuges, und zwar von Station Borsdorf aus, wohin sich mit dem Schnellzuge der Generaldirektor der sächsischen Staatseisenbahnen, Herr v. Kirchbach, mit zwei Mitgliedern der Generaldirektion und ihrem Vertrauensarzt, Herrn Dr. Gilbert, begeben hatte. Der Alarmierung lag folgende Annahme zu grunde: Zug 584 ab Wurzen 8,40 Uhr vorm. ist bei Stat. L. D. 130 kurz vor Borsdorf entgleist, dabei sind acht Personen erheblich verletzt, die Lokomotive und vier Wagen beschädigt und das linke Hauptgleis gesperrt. Um 9,56 Uhr wurde das den Hilfszug alarmierende Telegramm in Borsdorf nach Leipzig aufgegeben; die dort in Kenntnis gesetzte Zentrale des Samaritervereins traf unverzüglich mit ihrem bespannten Rettungswagen am Bahnhofe ein und nach einer halben Stunde bereits erfolgte die Abfahrt des Hilfszuges, bestehend aus Lokomotive, Arztwagen, Werkzeugwagen und einem Personenwagen mit einem Arzte, Herrn Dr. Hennig, und der nötigen Samaritermannschaft nebst Gerätschaften, dem Vorstand der Betriebsdirektion Leipzig, Oberbaurat Dannenfelser, dem Vorstand der Bau-Inspektion Leipzig, dem Vorstand der Werkstätteninspektion mit 16 Werkstättenarbeitern, darunter 5 eisenbahnseitig für den Samariterdienst ausgebildeten, und dem den Zug führenden Vorstande der Maschinen-Inspektion. Um 10 Uhr 51 Min. traf der Hilfszug an der Unfallstelle ein, an die bereits der Bahnarzt Dr. Gräfe von Borsdorf geeilt war, um die erste Hilfe zu bringen. Wenige Minuten später brachte der Vorortzug 585 den General-Oberarzt Dr. Dümm, Vorstand des Landes-Samariter-Verbandes, mit drei weiteren Aerzten von Leipzig. Die Verletzten, durch Arbeiter markiert, erhielten die entsprechenden Verbände und wurden in kurzer Zeit in Arztwagen untergebracht. Die gänzlich unvorbereitete Alarmierung nahm in jeder Beziehung einen zufriedenstellenden Verlauf.

— Die für das Bereich der Sächsischen Staatsbahnen bestehenden zehntägigen Rundreisekarten, die am 22. März und an den folgenden Tagen gelöst werden, gelten bis zum 15. April; die Gültigkeit erlischt um Mitternacht des letzten Geltungstages. Eine gleiche Verlängerung der Geltungsdauer tritt für die außerdeutschen Strecken im Verkehr auf Rückfahrkarten zwischen sächsischen Stationen und solchen der Böhmischen Nordbahn, der Lokalbahn Friedland i. B.—Heinrichsdorf i. B. und der Französischen Nordbahn (Paris über Aachen) ein. Die Rückfahrkarten nach der Schweiz und Paris über Hof behalten für die außerdeutschen Strecken ihre tarifmäßige Benutzungsfrist, werden also von der Gültigkeitsverlängerung zu Ostern nicht berührt.

— In allen Räumen des städtischen Ausstellungspalastes an der Stübel-Allee herrscht jetzt das regste Leben. Geschäftige Hände sind dabei, bis zum Eröffnungstage der Großen Kunstausstellung, dem 30. April, den Räumen ein ganz verändertes Aussehen zu geben. Auch große Kisten mit Bildern und plastischen Kunstwerken treffen jetzt täglich ein. Mancherlei wird in den Sälen verändert. Breite Türöffnungen werden es in den Sälen der Westfront möglich machen, daß man einen schönen Durchblick durch sämtliche Räume des Westflügels erhält. Auch das farbige Gesamtbild wird anders sein, als früher. Während es bei den vorigen Kunstausstellungen in Dresden auf einen möglichst farbigen Grundton von Wänden und Fußbodenbelag abgesehen war, will Professor Gotthardt Kuehl, der auch diesmal belebend an der Spitze der künstlerischen Organisation der Ausstellung steht, bei der diesjährigen Kunstausstellung die Räume möglichst in einfachen Tönen halten. Die hiesigen Dekorationsmaler Herren Wiese, Liebe u. Weigandt und Thümmler führen die umfangreichen Malerarbeiten aus.

— Unter starker Beteiligung — die Präsenzliste wies etwa 800 Namen auf — fand gestern nachmittag im „Tivoli" die Landesversammlung des Bundes der Landwirte statt, der auch Se. Exzellenz Herr Staatsminister v. Metzsch und Kreishauptmann Schmiedel beiwohnten. Der Landesbeleg.erte, Oekonomierat Landtagsabgeordneter Andrä-Braunsdorf, eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsansprache, kennzeichnete die seit der letzten Landesversammlung stattgefundenen Ereignisse, soweit sie die Landwirte und die Interessen der Landwirtschaft betrafen, besonders die Reichstagswahlen, und bedauerte hierbei den Verlust des Mandats des Dr. Oertel. Seien auch die Führer der Landwirte aus dem Reichstage verschwunden, so habe sich doch die Zahl ihrer Freunde vermehrt. Immer mehr verbiene es bekannt zu werden, daß der Bund der Landwirte keine Politik treibe, sondern nur seine Standes- und Existenzinteressen wahren will. Ein zweiter Rückblick des Vorsitzenden galt den Landtagswahlen, bei denen ebenfalls, und zwar zugunsten der Industrie, vielfache Angriffe gegen die Vertreter des landwirtschaftlichen Berufs gerichtet wurden, obschon diese das Wohl jeden Standes im Auge haben. Für die Zukunft müsse aber gegen eine weitere Verhetzung dringend gewarnt werden, die Bekämpfung komme einzig der Sozialdemokratie zu Gute. Der Mitgliederstand hat sich auf 26 487 erhalten, eine Ziffer, die hoffnungsvoll in die Zukunft schauen lasse. Der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf Kaiser Wilhelm II. und König Georg, das lebhafte Erwiderung fand. Eine zweite Ansprache hielt Herr Major v. Loën-Großbiesnitz, der seinem tiefsten Bedauern über das ungeheure Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen Ausdruck gab. Das zeige, daß der Bund der Landwirte immer noch nicht stark genug sei, gesunde, wirtschaftspolitische Anschauungen in weiteste Kreise zu tragen. Dies könne nur durch wiederholte öffentliche Versammlungen geschehen. Redner entwickelte sodann das Programm des Bundes, dessen Bestrebungen sich mit denen des Mittelstandes vollständig decken. Der Bund der Landwirte müsse sich ausbauen zu einem Bunde der Bauern und Bürger. An der Wahlurne gelte es für die Mitglieder des Bundes zu stimmen und ihnen zum Siege zu verhelfen. Auch dieser Redner warf einige scharfe Schlaglichter auf die unter Mithilfe des preußischen Handelsministers Möller vorgekommenen Vorgänge bei der Freiberger Wahl, und nannte die Freisinnigen den Feind der Landwirtschaft, gegen welchen es nur ein Mittel gebe — nämlich ihn unterzuackern. Am schärfsten wandte sich der Redner gegen die Sozialdemokraten, deren Führer es in Sachsens Residenz klipp und klar ausgesprochen habe, was das Ziel der Partei sei. Aber nicht nur von außen stürmten die Feinde auf die Landwirte ein, auch im Innern gebe es solche genug zu bekämpfen, die Großmannssucht gewisser Großgrundbesitzer, die der Regierung blauen Dunst vormachen möchten, und die Lauheit der kleineren Grundbesitzer, die kaum noch im stande seien, den Acker zu bebauen. Die bäuerische Jugend degenerire immer mehr, der junge Bursche müsse studieren, das junge Mädchen einen Beamten oder einen Lehrer heiraten, um nur aus der schweren Arbeit der Landwirtschaft herauszukommen. Die Bauerfrau werde zur Magd, weil keine Magd mehr zu bekommen sei, sie habe keinen achtstündigen Arbeitstag und keinen Sonntag, wie der Arbeiter, und der Bauer lebe, ohne zu wissen, was einmal aus seiner Familie werden solle. Für den Arbeiterstand werde gesorgt, für den Bauer nicht. Die Regierung sei mit einer Maschine zu vergleichen, die nur mit Hochdruck arbeite für die Arbeiter, aber gepeizt werde vom Mittelstand und von der Landwirtschaft. Schon stehe eine neue Versicherung am wirtschaftlichen Horizont — die Versicherung der Arbeitslosen. Sie sei nichts anderes, als eine Züchtung des Proletariats im großen — das Ende vom Liede aber sei eine weitere ungemessene Schädigung der Landwirtschaft hinsichtlich der Dienstbotenfrage. Zum Schlusse empfahl er der Versammlung angelegentlichst, für die agrarische Presse zu werben. — Mit lebhaften Beifallsbezeugungen begrüßt, betrat sodann das Rednerpult der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr Dr. Rösicke, um sich über das Thema: „Wirtschaftliche Erfahrungen" zu verbreiten. Heute handle es sich für den Landwirt darum, auch politisch tätig zu sein, eine Betätigung, die er zu Bismarcks Zeiten nicht nötig gehabt habe. Der Landwirt sei diejenige Kategorie im Staate, auf welche die Regierung rechnen dürfe, sobald sie ihr nur ein halbwegs freundliches Gesicht zeige. Die Landwirtschaft wolle